

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 296 A

BERLIN • Sonnabend, den 14. Januar 1933

2 JAHRGANG

# Ein Keil zwischen Hindenburg und Schleicher.

### AUS DEM INHALT:

Durcheinander im Lager der Reaktion.  
Von läppischen Manieren des Staates.  
Bedrängte Lage Paul-Boncours.  
Der Frankfurter Mädchenmordprozeß.  
Katzenjammer in Freiburg.

## Weder Sicherheit noch Abrüstung.

H. M. Wenn in Frankreich von Kriegsgefahr die Rede ist, dann denkt jeder an zwei Länder, von denen diese Gefahr zu drohen scheint: an Italien und Deutschland. Auch die französische Regierung betrachtet diese beiden Länder als diejenigen, die am ehesten den Frieden in Europa stören würden, nicht nur, weil beide einen Groll gegen diejenigen Länder hegen, die die Beute des Weltkrieges davongetragen haben (vor allem gegen Frankreich), sondern auch weil in beiden Ländern der militärische Geist hochgezüchtet wird, weil in beiden Ländern Regierungen am Ruder sind, die Pazifisten als Landesverräter betrachten. Welche Politik verfolgt die französische Regierung gegenüber diesen beiden Ländern, Italien und Deutschland?

Als die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich infolge der deutschen Gleichberechtigungs-Forderung im Herbst des vergangenen Jahres immer drohender wurde, begann Herrriot, der hinter der deutschen Forderung das Gespenst des Wettrüstens sah, das zu einem neuen Kriege führen würde, sich für eine

französisch-italienische Verständigung einzusetzen; denn er wollte das Zustandekommen einer Einheitsfront Italien-Deutschland verhindern. In einigen Reden wurde die Verständigung angebahnt. Die Ernennung Henri de Jouvenels zum französischen Botschafter in Rom, eines Mannes also, der schon 1918 für Italien Verständnis gezeigt hatte, weil es von den anderen Ententemächten um seinen Anteil an der Beute des Krieges betrogen worden war, wird sicherlich geeignet sein, die französisch-italienischen Beziehungen zu bessern. Allerdings ist die Besetzung des Botschafterpostens mit einem in Italien geringgeschätzten Manne für Mussolini kein hinreichender Beweis von Frankreichs Freundschaft. Ihn verlangt es nach einer räumlichen Ausdehnung Italiens, nach Kolonien, nach Dalmatien. Immerhin wird die Regelung dieser Fragen weniger Schwierigkeiten bieten, wenn der Radikalsozialist de Jouvenel die französischen Interessen in Rom vertritt.

Den einen Gegner, durch den Frankreich sich bedroht fühlt, versucht die Regierung also zum Freunde zu gewinnen. Wie stellt sie sich zu dem anderen Gegner, Deutschland?

In der Rüstungsfrage, die während des vergangenen Jahres von maßgebender Bedeutung für die Beziehungen zwischen den Großmächten war, beharrt die französische Regierung auf dem Grundsatz,

daß an Abrüstung erst gedacht werden kann, wenn die Sicherheit für den Frieden vorhanden ist.

Diese Sicherheit sieht mit Recht Frankreich bedroht, wenn Deutschland die Möglichkeit bekommt, aufzurüsten und also auf militärischem Gebiet mit Frankreich zu konkurrieren. Die Sicherheit sieht Frankreich ferner bedroht, solange Deutschland sich weigert, ein

„Ostlocarno“ abzuschließen, d. h. die deutsch-polnische Grenze als endgültig zu betrachten, und solange die Unverletzlichkeit dieser Grenze nicht durch einen Vertrag zwischen den Großmächten garantiert ist.

Was Frankreich aber nicht mehr fordert — und das ist von französischen Staatsmännern wohl noch nie so klar zum Ausdruck gebracht worden, wie von Pierre Cot, dem radikalsozialistischen Unterstaatssekretär im Außenministerium — das ist das starre Festhalten am Versailler Vertrag. Cot sagte zu einem Berichterstatler des „Petit

## Die Junker intrigieren.

Die neueste Taktik der Junker geht dahin, den durch die Entschließung des Reichslandbundes gleichfalls verärgerten Reichspräsidenten wieder zu gewinnen und gegen die Schleicher-Regierung einzunehmen. Dieses Verfahren ist sicher nicht unzweckmäßig und aussichtslos, denn Hindenburg hat sich bei dem Besuch der Landbundvertreter sofort „überzeugen“ lassen und war über deren Darstellung der „Not der Landwirtschaft“ so erschüttert, daß er sofort energische Gegenmaßnahmen zusagte. Die beschleunigte Erweiterung des Vollstreckungsschutzes ist nicht zuletzt auf diese Initiative Hindenburgs zurückzuführen.

Dem genannten Zweck, Hindenburg zu versöhnen und gegen Schleicher zu mobilisieren, dient ein „herzlich gehaltener“ Brief des Präsidiums des Reichslandbundes an den Reichspräsidenten. Wie der „Nationalsozialistische Pressedienst“ aus „gut unterrichteten Kreisen“ erfährt (der Reichslandbund steht unter deutschnationaler und nationalsozialistischer Führung!), gibt in diesem Brief das Präsidium des Reichslandbundes seiner „Genugtuung“ darüber Ausdruck, daß der Reichspräsident anlässlich des Besuches des Präsidiums des Reichslandbundes für die Nöte und Leiden der „deutschen Bauern“ Verständnis gezeigt habe. In dem Brief wird nochmals der Standpunkt des Reichslandbundes zu der Politik des Kabinetts von Schleicher klargelegt und die dem Reichslandbund von dem Kabinett (!) zum Vorwurf gemachten Dinge als unbegründet bezeichnet.

Auch der pommersche Landbund hat in diesem Sinne ein Telegramm an Hindenburg gerichtet:

„Konflikt Reichsregierung-Reichslandbund veranlaßt uns, den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten des Vertrauens des pommerschen Landbundes erneut zu versichern. Wir glauben auch, daß Sie, Herr Reichspräsident, uns helfen wollen, sehen aber, daß wirklich nebensächliche Vorgänge (!) dazu Anlaß werden, eine Kluft aufzureißen zwischen dem Landbund und dem, der für das Landvolk allein (!) noch die Staatsautorität verkörpert. Die Entschließung des Reichslandbund-Vorstandes gibt ein richtiges Bild der Lage. Wir danken es auch dem Reichslandbund-Präsidium, daß es über diese Entschließung hinaus, die sich gegen die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Schleicher richtet, den unmittelbaren Weg zu Ihnen, Herr Reichspräsident, gesucht hat.

Journal“, daß die Abänderung von Verträgen in den Satzungen des Völkerbundes vorgesehen sei, daß Verträge nicht von ewiger Dauer seien, daß man aber ihre einseitige Kündigung nicht zulassen könne.

Die französische Regierung hat in ihrem „konstruktiven Plan“, den sie der Abrüstungskonferenz im November vorgelegt hat, selber einen Schritt zur Aufhebung einzelner Bestimmungen des Versailler Vertrages getan. Sie fordert in diesem Plan die Einführung eines Milizheeres in Deutschland, nach der die deutschen Generale sich bekanntlich sehr sehnen. Aber die Einführung eines Milizheeres bringt Schleicher kein hinreichendes Maß an Gleichberechtigung, und Paul-Boncours kein hinreichendes Maß an Sicherheit.

Was verlangt die Reichsregierung in der Frage der Gleichberechtigung, abgesehen von dem Milizheer? Schleicher hat sich hierüber bisher niemals eindeutig ausgesprochen, auch die chauvinistische Presse stellt keine bestimmten Forderungen auf, ob die deutsche Regierung etwa künftig Kanonen bauen soll oder Bombenflugzeuge oder Tanks oder Unterseeboote. Eine Forderung, die kurz nach Zustandekommen des Genfer Fünf-Mächte-Abkommens in der deutschen Presse erhoben wurde,

die Forderung nach Aufhebung der entmilitarisierten Rheinlandzone oder nach Einführung einer ebensolchen Zone auf der anderen Seite der Grenze, wurde schon nach wenigen Tagen fallengelassen.

Stattdessen wurde eine andere Forderung erhoben, die von der Regierung selber, auf dem Umwege über den Ostdeutschen Rundfunk, angeregt worden ist: Die Forderung nach Aufhebung des polnischen Korridors.

Warum zieht die Reichsregierung diese Forderung, die doch eigentlich mit der Gleichberechtigung in der Rüstungs-

Hunderttausende von Bauern und Landleuten (lies: bankrotte Großagrarien. Die Red.) sollen in den nächsten Wochen um das Letzte gebracht werden. Das ist der entscheidende Tatbestand. Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, schützen Sie das Landvolk gegen ein Versagen des Kabinetts, und ordnen Sie voreerst allgemeinen Vollstreckungsschutz an. Bis dahin wird das pommersche Landvolk seine Scholle und seine Arbeitsstelle mit den letzten Mitteln verteidigen.“

Man wird nun abwarten müssen, ob Hindenburg gegen die Anzapfungen seiner Klassen- und Standesgenossen fest bleibt und zu dem Kabinett „seines Vertrauens“ weiterhin steht, oder ob der Reichspräsident umfällt und es darüber zur Kabinetts- — vielleicht zur Präsidentenkrise kommt.

## Der „Geist“ des Junkertums.

Der Reichslandbund hat zu seiner Entschließung gegen die Agrarpolitik der Reichsregierung eine ganze Anzahl Zustimmungserklärungen erhalten, von denen wir einige abdrucken, weil nichts die Geisteshaltung der Feudaleraktion treffender kennzeichnet als derartige Selbsterzeugnisse.

So wurde aus Schleswig-Holstein folgendes telegraphiert: „Der Land- und Bauernbund Segeberg dankt dem Reichslandbund, daß er in seiner letzten Entschließung und in seinen letzten Verhandlungen mit dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung die trostlose Lage der Landwirtschaft beim richtigen Namen genannt hat. Wenn das von der Regierung Schleicher als Demagogie bezeichnet wird, so ist das ein Hohn auf das Elend des Bauernstandes.“

... Will die Regierung Schleicher den Kampf mit der Landwirtschaft, so soll sie spüren, daß der Bauernbund bereit ist, diesen aufzunehmen, und daß er geschlossen hinter seiner Reichsführung steht.“

Der Kreislandbund Siegburg aus dem Rheinland telegraphiert an den Reichslandbund:

„Endlich richtige Sprache. Beweis, Kölnische Zeitung. Je rücksichtsloser, desto größer Ihr Rückhalt beim Bauern.“

Exportfanatismus ruiniert ganzen Bauernstand.“ Weitere „Entschließungen“ in dieser Sache auf Seite 3.

frage wenig zu tun hat, der Forderung nach Militarisierung der Rheinlandzone vor?

Wir erwähnten bereits, daß ein „Ostlocarno“ ein notwendiger Bestandteil der von Frankreich geforderten Sicherheit ist und daß Deutschland sich weigert, dieses „Ostlocarno“ in bezug auf die deutsch-polnische Grenze zu unterzeichnen. Wenn Frankreich also ein „Ostlocarno“ will, — so wird die deutsche Regierung in Genf argumentieren —, so muß es dafür sorgen, daß die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wiederhergestellt wird; dann werden wir gern bereit sein, unsere Ostgrenzen als endgültig anzusehen.

Wie wird sich Frankreich zu dieser Forderung stellen? Es liegt klar auf der Hand, daß Polen sich mit keiner Lösung einverstanden erklären wird, die auch nur eine geringe Veränderung der bestehenden deutsch-polnischen Grenze zu Gunsten Deutschlands bringt. Wenn Frankreich sich also die deutsche Forderung zu eigen machen würde, würde es sich höchstwahrscheinlich mit Polen verfeinden. Die französisch-polnische Freundschaft hat nun in letzter Zeit sowieso gelitten: Die polnische Regierung hat den Nichtangriffspakt mit Rußland unterzeichnet, ohne das Zustandekommen eines solchen Paktes zwischen Frankreich und Rußland abzuwarten. Die in Polen bisher stets mit viel Nachdruck betriebene Propaganda gegen Sowjetrußland, daß jeden Tag einen neuen Krieg beginnen könne, ist völlig aufgegeben worden. Die „unpolitische“ Italienreise des polnischen Staatssekretärs im Außenministerium läßt vermuten, daß Polen sich nach anderen Verbündeten umsieht.

Aber kann Frankreich es sich leisten, auf seinen Stützpunkt in Polen zu verzichten? Der Sinn dieses Stützpunktes war doch stets der, daß

Polen ein Bollwerk gegen den Bolschewismus bilden sollte. Hier weiß die „Berliner Börsen-Zeitung“ Rat:

Polen habe seine Aufgabe, ein Bollwerk gegen Rußland zu bilden, schlecht erfüllt; bei dem im Lande herrschenden Chaos könne Polen nie und nimmer ein solches Bollwerk bilden.

Deutschland dagegen, wenn es die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zugesichert bekäme und militärisch gestärkt würde, könne sehr wohl die Aufgabe übernehmen, Europa vor Sowjetrußland zu schützen.

Daß zur Erfüllung dieser Aufgabe eine direkte Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich unerlässlich ist, wird wohl jedem einleuchten. Wenn man die Lage so betrachtet, ist es also nicht schwer zu erklären, warum die Reichsregierung zunächst nicht gegen die Entmilitarisierung des deutsch-französischen Grenzgebietes vorgeht, sondern gegen den polnischen Korridor.

Die Forderung einer deutsch-französischen Verständigung zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen Sowjetrußland ist durchaus nicht neu. Sie wird seit langem von dem berühmten Großindustriellen Arnold Reeb propalziert, und auch Papen war in gewissem Maße ein Anhänger dieser Idee. Vor zwei Jahren hat bereits der britische Imperialist und Zeitungskönig Lord Rothermere eine faschistische Diktatur für Deutschland herbeigewünscht, mit der Begründung, daß Deutschland unter einer solchen

Regierung ein mächtiges Bollwerk gegen den Bolschewismus bilden würde. Und angesichts des Nutzens, den ein solches Bollwerk für ganz Westeuropa haben würde, könnten die Großmächte es sich schon leisten, Deutschland in mancherlei Dingen entgegenzukommen, ihm z. B. sogar einige seiner ehemaligen Kolonien zurückzugeben.

Die Parteifreunde Rothermeres in der britischen Regierung werden dieses Argument zu würdigen wissen, und sie werden zu Zugeständnissen an Deutschland besonders leicht zu haben sein, wenn diese Zugeständnisse sie nichts kosten. Der polnische Korridor kostet sie rein gar nichts. Eden, der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, erklärte am Dienstag in einer Rede, daß es keinen Sinn habe, sich auf der Abrüstungskonferenz über Einzelheiten zu unterhalten, solange keine Formel gefunden sei, in der die deutsche Gleichberechtigungs-Forderung mit der französischen Sicherheits-Forderung vereinigt sei. Die britische Regierung neigt dazu, sich von diesen Fragen, soweit sie vor allem den europäischen Kontinent betreffen, fernzuhalten. Sie wird sich gegenüber einer Einigungsformel, die auf Kosten des polnischen Korridors zustande gekommen ist, wahrscheinlich entweder passiv verhalten, oder sie wird am Zustandekommen einer solchen Formel sogar mithelfen, die dann in Wirklichkeit weder Sicherheit noch Abrüstung bedeuten wird.

## Genfer Fernost-Diskussion wird vorbereitet.

Am Montag tritt in Genf der sogenannte Neunzehner-Ausschuß zusammen, der sich mit dem Schicksal der Mandschurei zu befassen hat. Beim Herannahen dieses Termins meldet sich chinesischer Protest.

Der chinesische Ministerpräsident Wang Sin-Wei, der vor kurzem „zur Kur“ in Tübingen eingetroffen war, von dort aber bald abreiste und in einem Nürnberger Hotel Wohnung nahm, hat durch die chinesische Abordnung in Genf eine scharfklingende Erklärung abgegeben.

Er macht dem Völkerbund den Vorwurf, durch seine passive Haltung nicht nur sein eigenes Ansehen aufs schwerste geschädigt, sondern auch hierdurch die japanische Angriffspolitik ermöglicht zu haben. Die japanische Politik richte sich gegenwärtig ausschließlich darauf, jedes Vorgehen des Völkerbunds zu durchkreuzen und gleichzeitig unerbittlich das Angriffsprogramm gegen China durchzuführen in der Hoffnung, daß der Völkerbund als das höchste Tribunal des Friedens in jeder einzelnen Etappe die vollendete durch militärische Mittel geschaffene Tatsache anerkennen werde. Der japanische Angriff auf Schanghai vom 2. Januar sei in der Berechnung der erst am 16. Januar zusammentretenden Tagung des Neunzehner-Ausschusses des Völkerbundes erfolgt. Japan zeige fortlaufend eine tiefe Mißachtung des Völkerbundes. Falls der Völkerbund nicht sofort wirksame Maßnahmen zur endgültigen Regelung des japanisch-chinesischen Streits ergreife, so werde der Völkerbund nicht mehr (!) seinen ursprünglichen Zielen entsprechen und werde sich damit für die Zukunft unfähig erklären, einen Staat zur Vernunft zu bringen. Das chinesische Volk sei wie ein Mann entschlossen, einen erbärmungslosen Kampf im Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit zu beginnen.

Wang Sin-Wei hat außerdem (nach englischen Meldungen) zusammen mit dem chinesischen Völkerbundsdelegierten Yen und dem chinesischen Gesandten in London, der bereits vor einigen Tagen mit einer scharfen Sprache gegen Japan und den Völkerbund hervortrat, die Nanking-Regierung telegraphisch aufgefordert, sie solle die militärischen Vorbereitungen zur Wiedereroberung von Schanghai treffen.

Wie weit hinter den scharfen Worten der Chinesen die Entschlossenheit stehe, den Völkerbund klipp und klar vor seine satzungsmäßig übernommenen Verpflichtungen zu stellen, läßt sich noch nicht sagen. Sachlich stellt die chinesische Erklärung keineswegs das Höchstmaß an Schärfe dar:

es wäre entschieden gewesen, in einem Antrag den Völkerbund zu zwingen, zu seiner in Artikel 16 seiner Satzung übernommenen Verpflichtung Stellung zu nehmen.

Nach dieser Verpflichtung hätten die Völkerbundstaaten längst Maßnahmen gegen Japan ergreifen müssen.

Die Beurteilung der chinesischen Protesterklärung wird auch durch die Undurchsichtigkeit des Verhältnisses Wang Sin-Wei zur Nanking-Regierung erschwert. Oft sind chinesische Politiker durch einen „Kur“-Aufenthalt in Europa kaltgestellt worden. Daß der chinesische Ministerpräsident in grundsätzlichen Fragen (Diktatur und Demokratie) nicht mit Tschiang Kai-Schek einig ist, hat er kürzlich in einem Interview erklärt. Er hat damals jedoch hinzugefügt, daß er in bezug auf die Notwendigkeit eines Kampfes gegen Japan mit Tschiang Kai-Schek völlig übereinstimme.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß der chinesische Außenminister der britischen und amerikanischen Gesandtschaft eine Note übergeben hat, in der die chinesische Regierung gegen die

Verletzung des Boxer-Protokolls durch die Japaner protestiert. Die Verletzung bestehe darin, daß die Japaner die Bahn Mukden-Peking zu Truppentransporten nach Schanghai benutzt hätten.

Der japanische Botschafter in Washington war frech genug, dem Staatssekretär Stimson zu erklären, Japans Absicht in Jehol sei, in dieser Provinz „Frieden zu stiften“. Mandschukuo betrachte Jehol als Teil des neuen Kaiserreichs.

Japan beabsichtige nicht, südlich über die große Mauer hinauszugehen (also nicht in die Provinz Tschili hinein).

Diese Erklärung weist eine bemerkenswerte Neuheit auf — Neuheit jedenfalls im offiziellen diplomatischen Verkehr: es wird mit Selbstverständlichkeit vom „neuen Kaiserreich“ gesprochen.

**Die Chinesen in Rußland.**

Die 3000 chinesischen Soldaten, die am Mittwoch nach Überschreiten der russischen Grenze entwaffnet worden sind, sind nach Tomsk abtransportiert worden. Dort sind bereits 5000 vor einiger Zeit über die Grenze gegangene chinesische Soldaten, unter ihnen General Ma, und 1200 chinesische Zivilpersonen. Die Sowjetregierung hat längst die chinesische Zentralregierung aufgefordert, Schritte zur Versorgung jener Geflüchteten zu unternehmen, da die russische Regierung nicht in der Lage sei, jene Tausende auf ihre Kosten zu verpflegen.

### Sie rüsten!

Bei Battica, in der Nähe von Aachen und bei Pepinster wird die belgische Regierung demnächst mit dem Bau von Forts beginnen. Die Arbeiten werden insgesamt 250 Millionen Francs (31 Millionen Mark) kosten. 60 bis 80 Millionen Francs werden im Budget für das Jahr 1933 enthalten sein.

## Rumänische Regierung zurückgetreten.

Trotz der tagelangen Bemühungen des rumänischen Außenministers, Titulescu, den Rücktritt der Regierung zu verhindern, ist dieser jetzt erfolgt. Nur einen Erfolg haben Titulescu und der König errungen: anstatt Neuwahlen auszuschreiben, wie der bisherige Ministerpräsident und Führer der Nationalzaranistischen Partei, Maniu, es vorhatte, hat dieser sich bereit erklärt, für die Bildung einer neuen Regierung aus den Reihen seiner Partei einzutreten. Hierdurch ist die vom König gefürchtete Gefahr, daß die rumänischen Liberalen an die Macht kommen, vorläufig gebannt.

Es wird damit gerechnet, daß Vajda der Nachfolger Manius wird. Vajda ist Mitglied der Nationalzaranistischen Partei und war der Vorgänger Manius im Amt des Ministerpräsidenten. Er ist zurückgetreten, als Titulescu, der damals noch rumänischer Gesandter in London war, plötzlich sehr energisch das außenpolitische Steuer in die Hand nahm und die Unterzeichnung des Genfer Protokolls zu verhindern suchte. Vajda wollte mit Titulescu nicht zusammenarbeiten. Wenn er jetzt die rumänische Regierung übernimmt, wird er wahrscheinlich gezwungen sein, seine Ansicht in diesem Punkt zu ändern; denn Titulescu ist unbestrittenermaßen der einflussreichste Mann in Rumänien. Sogar in einer liberalen Regierung würde er wahrscheinlich das Amt des Außenministers beibehalten haben. Titulescu hat jetzt offiziell sein Amt als Gesandter in London niedergelegt, was darauf schließen läßt, daß er sich künftig mehr noch als bisher mit der rumänischen Regierungspolitik befassen will.

Sichtbare Erfolge von Titulescus Außenpolitik hat es während der bisherigen Amtszeit des Ministers nicht gegeben. Er hat es zu einer erheblichen Lockerung der rumänisch-polnischen Beziehungen gebracht. Daß sich diese Beziehungen in nächster Zeit wieder festigen werden, ist nicht zu erwarten; denn Polen hielt auf eine Freundschaft mit Rumänien aus Angst vor Sowjetrußland. Diese Angst ist in Polen augenblicklich nicht mehr so sehr vorhanden. — Weiter hat Titulescu anscheinend eine Befestigung der französisch-rumänischen Beziehungen nicht zuwege gebracht, und auch der Freundschaftsvertrag mit Italien ist nur kurzfristig erneuert worden.

## Um das Programm der Weltwirtschaftskonferenz.

Der Vorbereitende Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz hat jetzt Richtlinien für das Arbeitsprogramm der Konferenz aufgestellt, die von den Sonderausschüssen in den nächsten Tagen durchberaten und dann zu einem einheitlichen Arbeitsprogramm ausgearbeitet werden sollen. Die Richtlinien sind in drei Abteilungen zusammengefaßt. Der erste Teil beschäftigt sich mit dem Stand der Krise in den verschiedenen Ländern, der zweite mit der politischen und privaten Verschuldung, der Goldwährung, Stabilisierung der Währungen, Zollpolitik u. s. w., und der dritte Teil enthält die Stellungnahme der Sachverständigen zu diesen Punkten. Die interalliierten Schulden sind in diesem Programm nicht erwähnt, weil sie nur einige der auf der Londoner Konferenz vertretenen Mächte angehen.

## Das polnische Echo der deutschen Heize gegen Polen.

Der polnische Westmarkenverein hat einen Aufruf erlassen, der den Titel „Alles für die Westfront“ trägt und ein würdiges Gegenstück zu den Hetzreden, -artikeln und -aufrufen ähnlicher Verbände in Deutschland darstellt. Der Aufruf ist u. a. von Zaleski unterzeichnet, der bis vor kurzem polnischer Außenminister war. Es heißt darin in bezug auf die Frage des Korridors und der abgetretenen Gebiete, daß es in Europa wohl keinen Menschen gäbe, der nicht wüßte, daß jeder Anschlag auf die polnische Westgrenze den Krieg bedeuten würde,

und zwar einen Krieg des ganzen polnischen Volkes, der bis zum endgültigen Siege durchgeführt werden würde. Man dürfe nicht vergessen, daß die Revisionsabsichten Deutschlands auf polnischer Seite eine entschiedene Kampfbereitschaft hervorgerufen hätten, so daß schon jetzt alles mobilisiert werde, um der deutschen Revisionsaktion sofort entgegenzutreten zu können.

## Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

VI.

(Schluß.)

### Die notwendigen organisatorischen Maßnahmen.

Es ist versäumt worden, den revolutionären Willen der Arbeiter zu stärken; es ist versäumt worden, die organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um im Falle eines kommenden Krieges den revolutionären Willen in die Tat umzusetzen. Und ich wiederhole: falls es uns nicht gelingt, in aller kürzester Zeit der in die Arbeiterschaft hineingetragenen Propaganda der Selbsttäuschung Einhalt zu gebieten und die Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Kriegsgefahr zu revolutionärer Aktion zu bringen, zurückzubringen zu der Einstellung, die sie während der Jahre 1920 und 1921 hatte, wird es für sie und für die ganze Menschheit ein schreckliches Erwachen geben. Wenn die organisierte Arbeiterklasse nur bereit ist, in ihren Versammlungen schon abgefaßten Resolutionen, die im Falle der drohenden Kriegsgefahr den Generalstreik fordern, jubelnd zuzustimmen und nicht daran geht, diesen Generalstreik und die Kriegsabotage zur Zertrümmerung der Kriegsmaschine systematisch vorzubereiten, werden wir bei dem nächsten Krieg genau so in das Gemetzel hineingezogen, wie dies im Jahre 1914 geschehen ist. Das klingt nicht sehr ermutigend, ist aber leider Tatsache.

Tatsache andererseits ist aber auch, daß heute in den wichtigsten Ländern Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Arbeiter einsehen, daß die heutige Einstellung der Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Parteien in der Frage der Kriegsbekämpfung eine falsche ist, daß nicht die Zusammenarbeit mit den Vertretern der kapitalisti-

schen Klasse in Genf, sondern nur revolutionäre Massenaktion der Arbeiter selber die Möglichkeit bietet, der kommenden Kriegsgefahr entgegenzutreten. In England, in Holland, in Belgien, in Frankreich, in Oesterreich, in den skandinavischen Ländern und ich glaube auch in Deutschland macht sich ganz besonders unter den jüngeren Arbeitern eine wachsende Strömung bemerkbar, die stets stärker und nachdrücklicher fordert, daß die Arbeiterorganisationen sich wieder der radikalen Kriegsbekämpfung und ihrer systematischen Vorbereitung zuwenden. Auf diese Tatsache bauen wir unsere Hoffnungen. Diese Strömungen zu stärken und zu fördern, ist Aufgabe jedes wirklichen Gegners der kapitalistischen Kriege. Stehen wir bei der Propaganda für die revolutionäre Massenaktion, praktisch gesprochen, erst wiederum da, wo die Arbeiterschaft vor 10 Jahren stand, so darf andererseits festgestellt werden, daß breite Schichten der Arbeiterschaft heute bereit sind, diese Propaganda wieder aufzunehmen. Gleichzeitig muß aber diese Propaganda aufklärend und aufrüttelnd wirken, um so den notwendigen Druck auf die bestehenden Organisationen zu schaffen und die unentbehrlichen Maßnahmen vorzubereiten, damit im entscheidenden Momente der revolutionäre Wille in die Tat umgesetzt werden kann. Vor allem ist aber notwendig, daß diejenigen, die sich Kriegsgegner nennen, sich selber darüber klar werden, was diese Kriegsgegner sind, wenn sie wirklich Wert haben soll, bedeutet. Die Frage, ob kommende Kriegsgefahr durch einen Generalstreik und Sabotage verhindert werden soll, bejahen wir ohne weiteres. Wo immer diese Parole in einer Versammlung von Arbeitern und Kriegsgegnern ausgegeben wird, wird sie mit großem Beifall aufgenommen; doch nur wenige sind es, die sich klar machen, was diese Parole eigentlich bedeutet. Der Generalstreik und in weit größerem Maße die Kriegsabotage im Falle eines drohenden Krieges sind nicht nur undemokratisch, da sie in den meisten Ländern den Beschlüssen eines sogenannten demokratisch gewählten Parlamentes entgegenarbeiten, sie bedeuten auch, daß in dem Augenblicke, wo sich das „Vaterland“ in höchster Gefahr befindet, die Arbeiterschaft das Vaterland im Stich läßt, sie bedeutet Landesverrat und Hochverrat, und wir müssen uns

darüber klar sein, daß wir, falls wir durch revolutionäre Massenaktion den Krieg verhüten wollen, nach der allgemeinen gültigen Auffassung Hoch- und Landesverrat sind und auch als Hoch- und Landesverrat von den Regierungen behandelt werden, d. h. damit rechnen müssen, an die Wand gestellt und erschossen zu werden. Daß die ihre Arbeit niederlegenden und zu Demonstrationen gegen den Krieg in die Straßen herabsteigenden Werktätigen dies ohne weiteres zulassen, daß sie sich wie Lämmer abschlachten lassen werden, ist ausgeschlossen. Sie werden sich mit allen Mitteln den gegen sie entsandten Truppen widersetzen, mit anderen Worten: ein Generalstreik im Falle eines drohenden Krieges ist nicht nur theoretisch und praktisch Landes- und Hochverrat, er bedeutet in seinen unmittelbaren Folgen Aufstand, Bürgerkrieg, Revolution. Wer das nicht will, befürworte nicht die Arbeit, niederlegung zur Verhinderung eines kommenden Krieges, der zolle nicht länger Rednern, welche das Mittel des Generalstreiks zur Kriegsverhütung empfehlen und befürworten, gedankenlos Beifall. Ich stehe jedoch nicht an, als meine tiefste Ueberzeugung auszusprechen, daß wir im Falle eines drohenden Krieges keine andere Wahl haben, als Hochverrat an dem Land, in dem wir geboren sind, oder Hochverrat an der Menschheit und ihren höchsten Idealen zu begehen. Es gibt keine andere Wahl, und alles Gerede über Pazifismus und Kriegsbekämpfung ist meiner Ansicht nach wertlos, wenn wir nicht den Mut haben, der Bedeutung und dem Wesen jeder wirklichen, aktiven Kriegsbekämpfung auf den Grund zu gehen und die sich aus unserem Denken ergebenden Konsequenzen auf uns zu nehmen.

Erlauben Sie, meine Ausführungen zu schließen mit den Worten, die vor einigen Jahren der Leiter der englischen Gewerkschaftsbewegung, Fred Bramley, am Tage seines Todes am Schlusse einer Konferenz der Gewerkschaftsvertreter in Amsterdam, wo man sich mit der Bekämpfung der Kriegsgefahr befaßte, geäußert hat: Alles Gerede, jede Diskussion über die Bekämpfung des Militarismus und die drohende Kriegsgefahr ist wertlos, wenn wir nicht bereit sind, die äußerste Konsequenz daraus zu ziehen: die Vorbereitung und Durchführung revolutionärer Massenaktion.

## Katzenjammer in Freiburg.

Karl Ignatz Hummel,

unter dem Namen Daubmann der letzte deutsche „Heimkehrer“, der den peinigen Klauen des französischen Erbfeindes entrann, hat seine kurze aber erfolgreiche nationalistische Propagandareise nun auch gerichtsnotorisch liquidiert. Er hat sich auf dieser Reise nicht nur den Hausorden von Hohenzollern mit Schwertern erworben, sondern auch zweieinhalb Jahre Gefängnis wegen Betrugs, Urkundenfälschung und falscher Namensführung.

Hummel soll sich von früher Jugend an durch einen ausgeprägten Hang zu Einbruchsdiebstählen ausgezeichnet haben. Während des Krieges wurde er mehrmals wegen Betrugs und Flucht aus dem Heeresdienst bestraft. 1930 heiratete er in Offenburg, hielt es aber dort und in seiner Ehe nicht lange aus und beschloß, zur Fremdenlegion zu gehen. Dort abgewiesen, radelte er nach Italien, bis er da selbst mittellos herumsaß. Da kam er auf die Idee, an die ihm bekannten Eltern des seit 1916 vermißten Daubmann aus Endingen zu schreiben: er sei ihr Sohn, sei nach 16jähriger Gefangenschaft aus Tunis geflohen und bitte um Zusendung von Tauf- und Geburtsschein. Der Bürgermeister von Endingen stellte einige Rückfragen über das deutsche Konsulat in Neapel. Die Fragen beantwortete Hummel richtig, sodaß das Konsulat an den Bürgermeister in Endingen schrieb: die Identität des Antragstellers mit Daubmann sei erwiesen. So erhielt Hummel einen Paß „Daubmann“ und eine Freikarte nach Deutschland.

Inzwischen waren die ehemaligen Krieger in Endingen tätig, und es wurde von ihnen beschlossen, den ehemaligen Kompagniefeldwebel Daubmanns diesem entgegenzuschicken. Beide reisten dann in einem

von der Reichsbahn zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Abteil 1. Klasse

weiter. Auf dem Freiburger Hauptbahnhof wurde Hummel von allen Freunden Daubmanns und anderen Interessenten an der Affäre so stürmisch empfangen, daß er ohnmächtig wurde und erst wieder zu sich kam, als die Mutter Daubmanns ihm um den Hals fiel. In Endingen, nach der ersten Nacht im Bett Daubmanns, wollte Hummel fliehen, um seiner Rolle ein Ende zu machen. Aber die Mutter Daubmann hatte Hummels Kleider fortgeschossen.

Und dann machten sich Krieger- und ähnliche Vereine über den Fall her

und brachten Hummel immer tiefer in die Rolle „Daubmann“ hinein. Vor allen sorgte dafür Daubmanns ehemaliger Bataillonskommandeur, Major Bumiller.

Dieser schrieb Daubmanns Memoiren und schleppte Hummel auf eine Daubmann-Vortragsreise; und zwar, obwohl der Freiburger Polizeidirektor Bär Herrn Bumiller gewarnt hatte,

sich in die Affäre Daubmann hineinzuziehen zu lassen und ihm angeboten hatte, ihn in einer Unterredung einige Informationen über die „Heimkehr Daubmanns“ zu geben. Bumiller machte hiervon aber keinen Gebrauch. Vielmehr führte er den Hummel beim Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen ein, wo ihm unter dem Namen „Daubmann“ jener hohe Orden verliehen wurde.

Der Oberstaatsanwalt begann sein Plädoyer mit der tiefen Weisheit, daß die Welt betrogen sein wolle. Nur unter diesem Gesichtspunkt sei die Bereitschaft weiter Bevölkerungskreise zu verstehen, den Schilderungen des Angeklagten blindlings Glauben zu schenken. Er vergaß, hinzuzufügen, wo die Ursache dieser Unzurechnungsfähigkeit — nicht „der Welt“, aber vieler Deutscher — liegt:

in der bereits wieder auf einen hohen Grad getriebenen nationalistischen Psychose. Es ist dieselbe Psychose, die im Sommer 1914 die dummen Deutschen in irgend einem Lieferungsauto einer Brotfabrik ein „Goldautomobil“ und in jedem Menschen mit bräunlicher Gesichtsfarbe und schwarzen Haaren einen französischen Spion sehen ließ, derselbe Zustand, den Staatsanwälte mit erzeugen helfen, z. B. im Prozeß gegen den „Kriegsverräter“ Jäger.

## Der Frankfurter Mädchenmord-Prozeß.

Einer der gemeinsten nationalsozialistischen Morde ist am Mittwoch vom Schwurgericht in Frankfurt (Main) abgeurteilt worden: der Mord an der im Dezember 1931 verschwundenen Hausangestellten Emma Busse, deren Leiche im Mai 1932 aus dem Main gezogen worden war.

Der Hergang des Verbrechens ist nach dem wiederholten Geständnis des Hauptangeklagten, des SA-Mannes Stubenrauch, vor der Mordkommission und dem Untersuchungsrichter folgender: Als das Mädchen ihm, dem 21jährigen, mitgeteilt hatte, daß sie von ihm schwanger sei, beriet Stubenrauch mit seinen Parteigenossen Eich und Arzt; diese waren damals 17- und 18jährige Lehrlinge. „Ach, Quatsch, mach doch einfach Schluß!“ riet ihm Arzt. Stubenrauch wollte zunächst nicht „Schluß machen“ mit seiner Geliebten; schließlich wurde aber verabredet, daß noch am selben Abend das Mädchen in den Main geworfen werden sollte. Die Tatsache dieser Verabredung wird auch von den Mitangeklagten Eich und Arzt nicht geleugnet.

Das Mädchen ist dann von Stubenrauch auf eine Mainbrücke gelockt und ins Wasser gestoßen worden. Die beiden Kumpane waren den beiden von ferne gefolgt.

Während der Hauptverhandlung stellten die Mörder die Sache so dar, daß sie den ursprünglichen Plan gegen Abend noch fallen gelassen hätten. Sie leugneten hartnäckig ihre Beteiligung an dem Mord. Darauf die Frage des Vorsitzenden:

Warum sind Sie doch mit dem Mädchen auf die Brücke gegangen, obwohl Sie angeblich den nachmittags verabredeten Plan bereits aufgegeben hatten? Und warum sind Ihre beiden Freunde denn nachgefahren und Ihnen immer gefolgt bis zur Brücke? Warum ist das alles genau so geschehen, wie es in dem Plan vorgesehen war, obwohl Sie den Plan gar nicht ausführen wollten?

Das Urteil: Stubenrauch zwölf Jahre Zuchthaus wegen Totschlags; Eich und Arzt werden freigesprochen.

Das Gericht hat als erwiesen angesehen, daß Stubenrauch das Mädchen ins Wasser gestoßen habe. Es hat weiter als erwiesen angesehen, daß ein Mordplan bestanden habe.

Für eine Verurteilung wegen Mordes fehlte jedoch eine Schilderung des Vorganges auf der Brücke.

Mangels einer solchen Schilderung ließ sich nicht entscheiden, ob die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt worden ist.

Zweifellos läßt sich, da der Mörder auf der Brücke keinen überlebenden Zeugen gehabt hat und er selber die Äußerung über die Vorgänge auf der Brücke ablehnt, nicht entscheiden, ob er in Ueberlegung handelte. Wir heben dies hervor, weil gegenüber diesen entmenschten Nazis die Richter die Vorsicht in ihrer Beweisführung walten ließen, die die Richter des zum Tode verurteilten Chemnitz Arbeiters Bartl so kraß vermissen ließ. Bartl leugnet sogar jeden Plan zu einer Schießerei, und niemand hat ausgesagt, daß Bartl einen solchen Plan einmal geäußert habe. Ausschließlich aus Bartls äußerem Verhalten in dem Nazilokal will das Chemnitzer Schwurgericht darauf schließen, daß er mit dem entkommenen Schützen zusammen vorher den Plan zum Schießen gefaßt und daß er, als der entkommene Schütze den Nazi durch den Kopf schoß, diese von dem anderen ausgeführte Tötung selber mit gewollt hat.

So weitgehende Schlüsse auf Bartls inneres wollen seine Richter ausschließlich aus Zeugenaussagen über das äußere Verhalten Bartls ziehen. Das ist ein so brüchiges Fundament, daß es unverantwortlich ist, darauf ein Todesurteil zu gründen.

Das Frankfurter Gericht hat höhere Ansprüche an Strenge gestellt — an sich mit Recht — wenn nur gegenüber Kommunisten dieselben Ansprüche zur Anwendung kämen.

Lächelnd nahmen in Frankfurt die beiden freigesprochenen Nazis ihre Haftentlassung auf. Strahlend dankte Stubenrauch seinem Anwalt mit „Heil-Hitler!“. Die ent-

menschte Art ist in diesem Falle eines auch im juristischen Sinne gemeinen Verbrechens genau dieselbe, wie wir sie oft in sogenannten politischen Mordprozessen bei Nazis angetroffen haben: die niedrigsten Instinkte wirken hier, und ihnen den Glanz politischer Motive unterzuschieben, ist eine irreführende Beschönigung.

### Politischer Terror.

In der Nacht auf Donnerstag kam es in Berlin-Steglitz mehrfach zu kleineren Zusammenstößen, das eine Mal wurde ein Mitglied des Arbeitersportvereins „Fichte“ leicht, das andere Mal ein angeblich Parteiloser von Nationalsozialisten schwer verletzt, sodaß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Die Polizei nahm eine größere Anzahl Nationalsozialisten fest.

Auch in Berlin-Charlottenburg wurde Donnerstag nacht ein Parteiloser von drei Nationalsozialisten schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden, während die Täter unerkannt nach Siemensstadt flüchteten.

In Berlin-Neukölln wurden am Donnerstag abend zwei junge „Reichsbanner“-Leute von 15 zum Teil uniformierten Nazis überfallen und verletzt. Der fünfzehnjährige Jungbannermann Frenzel erhielt dabei so schwere Lungenstiche, daß sein Zustand hoffnungslos ist.

In Essen kam es am Donnerstag abend in der Nähe eines SA-Heimes zu Zusammenstößen zwischen zwei Polizeibeamten und Kommunisten. Die Polizisten schossen in angeblicher Notwehr und verletzten einen der Beteiligten schwer. Zwei weitere Personen wurden festgenommen.

Auch in Köln kam es Donnerstag abend zu Zusammenstößen mit der Polizei, als diese einen Demonstrationzug der Kommunisten auflösen wollte (bekanntlich besteht kein Demonstrationsverbot mehr!). Ein Beamter gab in angeblicher Notwehr einen Schuß ab und verletzte einen jungen Burschen durch einen Halbschuß schwer.

In Brandenburg verhaftete die Polizei drei kommunistische Arbeiter auf Grund von Haftbefehlen, weil sie anlässlich eines Streiks „widerrechtlich“ in das Grundstück eines Fabrikbesitzers eingedrungen seien. Deshalb verhaftet man Arbeiter!

### SA-Mann schwer verletzt.

In Stelle bei Heide wurde ein SA-Mann Abraham durch Messerstiche in den Rücken so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

### Noch 24 Tote durch die spanischen Unruhen.

In der spanischen Ortschaft Casas Viejas kam es zu einem Feuergefecht zwischen 19 Aufständischen, die sich in einem Haus verschanzt hatten, und der Polizei. „Erst nach zwölfstündiger Belagerung“, so heißt es in dem Hugenbergschen Pressebericht, „gelang es der Polizeitruppe, das Nest auszurauchern.“ Die 19 Insassen des Hauses waren nämlich sämtlich getötet! Von den Polizisten waren nur drei verletzt.

Besonders in Südspanien herrschen weiter Unruhen. Der Generalstreik in Sevilla dauert weiter an.

### Geschäftsplünderungen in Berlin

Am Mittwoch nachmittag drangen vier Burschen in eine „Nordstern“-Filiale in der Ratiborstraße in Berlin ein und entwendeten etwa 50 Pfund Wurstwaren. Die Täter entkamen unerkannt.

Am Donnerstag vormittag drangen in der Dunckerstraße ebenfalls vier Burschen in ein Buttergeschäft ein und entwendeten Lebensmittel im Werte von etwa hundert Mark. Einer der Täter wurde von der Polizei verhaftet, die drei anderen entflohen auf Fahrrädern.

Um dieselbe Zeit etwa entwendeten fünf bis sechs junge Männer in der Neuen Hochstraße aus einem Lebensmittelgeschäft größere Mengen Wurst und Käse. Sie konnten unerkannt entkommen.

## EINE BEICHTE

VON THEODOR PLIVIER

(Schluß.)

Vor mir auf dem Pflaster liegt der Matrose.

Du schießt nicht mehr, sage ich zu mir, — sollen sie dich auf Festung schicken, sollen sie dich an die Wand stellen!

Und so fühlen auch die anderen.

Wieder kommandiert der Leutnant: „Feuer!“

In unseren Reihen knallt es nur noch vereinzelt.

Dieses Knien mit der angelegten Waffe, dieses Hineinstarren in die Masse, die näher kommt, — ich weiß nicht, wie lange das alles dauerte, ich hatte vergessen, daß ich mich mitten auf einem Platze befand, ich war wie ein Stein.

Und plötzlich sehe ich: der Leutnant ist vollständig verdeckt von Fäusten und Stöcken, dazwischen ein Gewehrkolben. Nur sein Degen schwankt über der Menge. Ich springe auf und laufe zum Bürgersteig, um ihm beizustehen. Die von uns Niedergeknallten hatte ich vergessen; nur ein Kameradschaftsgefühl zum Leutnant, der doch zu uns gehörte, trieb mich.

Sie haben ihn nicht geprügelt; sie haben ihn einfach niedergetreten und erschlagen. Und die Matrosen haben das allein getan, — von einem Werftarbeiter bekam er einen Stoß, daß er umfiel.

Da kommt ein alter Obermaat auf mich zu.

„Junge, schmeiß das weg!“ sagt er zu mir.

Wie ein Vater sagt er das.

Ich greife nach dem Koppelschloß, es springt auf und fällt samt Seitengewehr und Patronentasche in den Rinnestein. Die Pistole werfe ich hinterher.

Jetzt erst fallen mir meine Kameraden ein.

Aber sie waren alle getürmt.

Ganz allein stehe ich unter den vielen Menschen auf dem Platz. Ich sehe einen Verwundeten, der seine Arme über die Schultern von zwei Matrosen gelegt hat und sich mühsam weiterschleppt. Eine Gruppe trägt einen Toten vorbei. Mir ist, als müsse ich helfen oder wenigstens hinter dem Zug hergehen.

Aber dann erfaßte mich die Angst.

Vorher hatte ich gar keine Zeit, an Angst zu denken. Und jetzt fing ich zu laufen an, — nur weg von dem Platz. Bis ich plötzlich vor einem Offizier stehe, vor unserm dicken Hauptmann.

Ich reiße die Knochen zusammen.

Doch da sehe ich, daß er vor mir, ich muß wild ausgesehen haben, einen wahren Schreck bekommt. Er starrt mich an — mein aufgelöstes Halstuch, meinen offenen Ueberzieher, die Stelle wo das Koppelzeug fehlt. Da bin ich wie umgewandelt und brülle ihn an: „Leutnant Steinhäuser ist totgeschlagen worden! Von den Matrosen, 5000 oder 10000 Mann, ich weiß nicht...“

Ich denke, jetzt geht er die in Reserve liegende Kompanie alarmieren, die „alten Leute“, die er noch tags zuvor geschliffen hat. Aber er sagt nur: „Kommen Sie“, läuft neben mir her und legt gar keinen Wert mehr darauf, daß ich die vorschrittmäßigen fünf Schritte hinter ihm bleibe. Ich fange recht zu laufen an, damit er noch mehr außer Atem kommt. Er kann vor Angst gar nicht rasch genug zur Kaserne kommen.

„Totgeschlagen?“ keucht er immer wieder.

„Ja“, sage ich, beinahe schadenfroh, „totgetreten, ich habe es selber gesehen!“

Ich freue mich plötzlich, daß die Volksmenge den Platz behauptet hat. Zum ersten Male fühle ich, daß ich eigentlich dazu gehöre. Aber zugleich quält mich der Gedanke: ich bin ja für immer ausgeschlossen, die Kameraden müssen mich ja wie Auswurf betrachten, wenn erst bekannt wird, was ich getan habe.

Ich wußte noch nichts von der Großmut des Volkes. Wir wurden zwar am nächsten Tag vom Soldatenrat auf die „Nympe“ versetzt, aber dort waren die Kameraden alle gut zu uns, und wir freuten uns alle, daß es endlich soweit war.

Damals war ich natürlich noch lange kein Roter, das kam erst später, aber die Offiziere hatten bei mir ausgespielt, der blinde Glaube an die Autorität war tot.

Als wir in der Kaserne angekommen waren und der Hauptmann mich in das Zimmer des Kommandeurs hineinrief, habe ich diesen Mann mit dem kleinen grauen Spitzbart und den vielen goldenen Aermelstreifen angesehen und bei mir gedacht: der ist schuld, daß ich auf Kameraden geschossen habe.

Zuerst habe ich ihm noch ganz richtig geantwortet und den Hergang erzählt, aber dann habe ich nicht mehr an mich halten können und ihn angeschrien:

„Wenn die alten Leute nicht gehen wollten, da hätten Sie uns erst recht nicht schicken dürfen! Hätten Sie doch Offiziere hingestellt!“

Mehr wollte er nicht hören. Er hat mich sofort hinausgeschickt.

Aber das eine weiß ich, nie hätte ich den Mut aufgebracht, so mit ihm zu sprechen ohne die Toten an der „Hoffnung“, ohne dieses Gesicht, dieses Gesicht von...“

Er zögert, den Namen auszusprechen.

„Schorsch“, füge ich ein.

„Ich werde es nie gut machen können.“

Es bleibt eine Weile still.

„Aber wenn ich einmal an derselben Stelle stehe, wenn ich einmal dasselbe tun kann, wie er...“

„Dann hast du getan, was du kannst, Genosse.“

## Der Kampf um den Lohn.

Im Berliner Möbeltransportgewerbe hat der Verein Berliner Möbelpediteure den Lohn- und Manteltarifvertrag zum 28. Februar 1933 gekündigt. Die Unternehmer beabsichtigen einen Lohnabbau und die Änderung der Arbeitsbedingungen. Die letzten Verhandlungen fanden im Oktober 1932 statt. Der von den Unternehmern beabsichtigte Lohnabbau wurde durch Streik verhindert und das alte Lohnabkommen in unveränderter Form bis zum 28. Februar verlängert.

**Lohnregelung für das Münchener Konditoreigewerbe.** Auf Grund eines von den Parteien angenommenen Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses München wurde die tariflichen Wochenlöhne der Gehilfen mit Wirkung von der ersten Januarwoche 1933 an neu geregelt und der Spitzenlohn des Gehilfen über 25 Jahre von 45 auf 42 Mark ermäßigt. Für Gehilfen über 20 Jahre beträgt der Wochenlohn 35 Mark, für Gehilfen unter 20 Jahren 25 Mark, für Gehilfen im ersten Jahr nach der Lehre 23 Mark. Erstgehilfen in Betrieben, deren Arbeitgeber kein Fachmann ist, erhalten einen angemessenen Zuschlag, dessen Höhe der freien Vereinbarung unterliegt. Die neue Lohnregelung kann monatlich gekündigt werden.

In der Siegerländer Metallindustrie ist in den Verhandlungen über den Tarifstreit vor dem Schlichter für Rheinland und Westfalen, Dr. Jötten, keine Einigung erzielt worden. Die Unternehmer verlangten die Annahme der Arbeitsbedingungen, die sie durch Anschläge in den Betrieben bekanntgegeben haben. Der Schlichter hat nun die Entscheidung über die von den Arbeitern geforderte Verbindlichkeitserklärung des kürzlich gefällten Schiedspruches zu treffen. Die Unternehmer haben diesen Schiedspruch abgelehnt. Wird die Verbindlichkeitserklärung nicht ausgesprochen, so ist Mitte des Monats mit schweren Arbeitskämpfen zu rechnen, da die Unternehmer den 8000 Metallarbeitern das Arbeitsverhältnis gekündigt haben.

In der Metallindustrie Hagen-Schwelm bestand seit Ende November 1932 ein tarifloser Zustand. Jetzt wurden der Rahmentarif, das Urlaubsabkommen, das Arbeitszeitabkommen und der Lohnvertrag ab 11. Januar 1933 ohne Änderungen wieder in Kraft gesetzt. Das neue Abkommen läuft bis Ende April 1933.

**Taxameter-Streik in Heidelberg.** Als Protest gegen die zu hohen Abgaben sind die Taxenbesitzer in den Streik getreten.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, „Lechalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer (Berlin).

**Hannover:** Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, Städtische Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Kriegstreiber an der Arbeit! Arbeiter, legt ihnen ihr verbrecherisches Handwerk!

**Köln-Sülz:** Dienstag, 17. Januar, 20.15 Uhr, Lokal Hermann Krüll, Marsiliustr. 86. Thema: Was will der ISK? Freie Aussprache! Eintritt frei!

**Magdeburg:** Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, bei Bleck (früher Luchtefeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebs-Kollegen bildet die Abwehr-Front! Redner: Julius Philippson (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt: 20 Pfennige, Erwerbslose frei.

## Die Arbeiter zeigen ihre Macht.

Die französische freigewerkschaftliche Beamtenvereinigung, die etwa 40 000 Mitglieder zählt, hat die Beziehungen zur Regierung abgebrochen, da der Finanzminister Chéron seine Absicht, die Beamtengehälter zu senken, nicht aufgegeben hat. Dieser Beschluß wurde in einer Sitzung der CGT (Allgemeiner Französischer Gewerkschaftsbund) gefaßt. Jouhaux, der Vorsitzende des CGT hat die Genfer Besprechungen über die 40-Stunden-Woche verlassen und ist nach Paris zurückgekehrt.

Falls die Regierung nicht noch in letzter Minute ihr Finanzprogramm ändert, ist mit der Möglichkeit eines Generalstreiks zu rechnen.

Offenbar erwägt die Regierung bereits einen Rückzug; denn sie hat das Gerücht verbreitet, daß bisher Einzelheiten des Finanzprogramms noch gar nicht ausgearbeitet seien!

Die sozialistische Kammerfraktion hat einen Ausschuß eingesetzt, der sich mit der Regierung wegen der Frage der Beamtengehälter in Verbindung setzen wird, um genaue Kenntnis der Absichten der Regierung zu erhalten. Dies erscheint überflüssig, da die Gewerkschaften doch offenbar genaue Kenntnis jener Pläne haben. Jedenfalls hat sich die von manchen Seiten geäußerte Ansicht als richtig erwiesen, daß Paul-Boncour nur deshalb in jeder seiner Reden von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Regierung und Gewerkschaften gesprochen hat, weil er die Löhne der Arbeiter senken möchte. Es ist gut, daß die Gewerkschaften ihm hier einen Strich durch die Rechnung gemacht haben und die deutschen Gewerkschaften, die fast vielmehr so stark sind wie die französischen, sollten sich hieran ein Beispiel nehmen.

Der Zentralschluß der republikanischen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer hat beschlossen, sich an den gewerkschaftlichen Aktionen gegen das Finanzprogramm der Regierung zu beteiligen.

Auch in der Frage der Stellung der französischen Regierung zur

### 40-Stunden-Woche

ist zwischen der SP und der Regierung ein scharfer Konflikt entstanden. Der Vertreter der französischen Regierung bei der Genfer Arbeitskonferenz, Piquenard, hat sich gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche ausgesprochen, wenn sie nicht vorher von allen anderen Regierungen angenommen sei. Léon Blum schreibt hierzu im „Populaire“, daß dieser Vertreter entweder die Anweisungen der Regierung nicht befolgt habe, dann müsse er sich mit dem Arbeitsministerium auseinandersetzen; oder die Regierung habe ihm derartige Anweisungen gegeben, und in diesem Falle würde sie sich mit den Sozialisten auseinandersetzen haben. Auch die Gewerkschaften haben scharf gegen die Stellung der Regierung in dieser Frage protestiert, was den Erfolg hatte, daß Piquenard zu einer Besprechung von Genf nach Paris zurückgerufen worden ist. Die Pariser Rechtspresse ist natürlich auf höchste Entrüstung über den so deutlich geäußerten Kampfwillen der Arbeiterschaft und nimmt die Regierung lebhaft in Schutz. Auch die radikalsozialistische „Ere Nouvelle“ nimmt gegen die Arbeiterschaft Stellung, obwohl die Radikalsozialisten das Programm der CGT in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben und in diesem Programm die Forderung der 40-Stunden-Woche enthalten ist.

### Streik belgischer Arbeiter gegen neue Steuern.

Am Donnerstag traten etwa 15 000 belgische Arbeiter in den Bezirken Soignies, Thuin und La Louvière in einen vierundzwanzigstündigen Streik zum Protest gegen die neuen Steuern, die die Regierung einzuführen beabsichtigt.

## Aussperrung der Hafnarbeiter von Le Havre.

Die Arbeitgeber von Le Havre haben beschlossen, die Hafnarbeiter drei Tage lang auszusperrern, weil diese ein systematisches Sabotagemanöver durchgeführt haben. Gerade Hafnarbeiter können bekanntlich sehr leicht Sabotageakte durchführen, die für die Unternehmer unangenehme Folgen haben; sie brauchen nur die Waren ins Wasser fallen zu lassen, um in vielen Fällen, z. B. wenn es sich um Munition handelt, die in großen Mengen in Le Havre verschifft wird, den weiteren Transport überflüssig zu machen.

Der Hafnarbeiterstreik in Dünkirchen ist beendet. Zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften wurde ein Abkommen geschlossen, das einen Tageslohn von 39 Francs (6,50 Mark) vorsieht. Am Freitag morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

## Einheit!

### Massendemonstration in Breslau.

In endlosen Zügen beteiligten sich am vorgangenen Mittwoch die Mitglieder der KP, der SAP, der SP, der „Eisernen Front“ und der „Antifaschistischen Aktion“ gemeinsam an der Beerdigung des von Nationalsozialisten in Breslau ermordeten Jungarbeiters.

Am Grabe sprach je ein Vertreter der beteiligten Organisationen.

So hat das von den Faschisten vergossene Arbeiterblut wenigstens zur Schließung der Einheitsfront der Arbeiterschaft beigetragen!

## Kampfstimmung — aber schlechte Bürokraten.

I. H. Die Belegschaft der Radium-Gummiwerke in Köln-Dellbrück beschloß mit 431 gegen 121 Stimmen in den Streik zu treten. Die Direktion hatte einen Lohnabbau bis zu 25 Prozent vorgeschlagen. In dem Betrieb arbeiten vorwiegend junge Arbeiterinnen. Der Streikbeschuß kam zu stande, obwohl die Führung des Fabrikarbeiterverbandes und des Betriebsrates in der Belegschaftsversammlung gegen den Streik gesprochen hatten. Nachdem die Gewerkschafts- und Arbeiterratsführung auf Druck der Belegschaft zur Führung des Streiks gezwungen wurden, betätigten sie sich leider noch als Bremsklötze. Die Gewerkschaftsführung hat es ausdrücklich abgelehnt, die Unorganisierten zu unterstützen, obgleich es sich nur um 25 Prozent der Gesamtbelegschaft handelt. Der Arbeiterrat bemüht sich ferner um die Durchführung von „Notstandsarbeiten“ und stellt Passierscheine aus für Arbeiter, die mit seiner Erlaubnis arbeiten dürfen. Nachdem der Streikbeschuß bereits gefaßt war, forderte der Arbeiterratsvorsitzende die Belegschaft der Nachtschicht auf, diese Schicht noch zu arbeiten.

Was ist gegen die Bremser zu tun? Die Antwort auf diese Frage gab ein streikender Betriebsarbeiter in einer von der RGO einberufenen Streikversammlung. Er wandte sich gegen die Aufforderung, aus der Gewerkschaft auszutreten und sagte unter Beifall:

„Unsere Opposition gegen die Gewerkschaftsführer darf nicht wild ausarten, wir müssen in den Gewerkschaften bleiben und dort arbeiten, um die Gewerkschaften zu dem zu machen, was sie sein sollen, zu Kampforganisationen!“

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Sonnenblumen-Öl**  
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.  
Kanne 1,— RM Pfand.

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg  
Otto v. Guerickestr. 104.

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Niederwall  
Eisenplatz 12

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Maßarbeit** erstklassig und billig  
Herrn - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufzüge und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen  
**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2  
**Butter Käse, Eier Landbrot**  
**A. n. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.  
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung  
**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

**Bereits 80 Mark genügen!**  
Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sozialistischer Maßarbeit.  
Preisänderungen nach oben und nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!  
**R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt!**  
Johannisbergerstr. 16, III.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987  
Seit 10. Januar: **Asien — so und so:**  
Der Russenfilm **Der blaue Express**  
Regie: I. Trauberg  
**Der Rächer des Tong**  
mit Edward Robinson  
Erste Vorstellung 15. letzte Vorstellung 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken“!  
**Unterstützt Euro Zeitung!**  
Werkt Abonnement: Sammelt Anzeigen! Gevörzert bei Einzelkäufen unserer Inserenten

**Weltfriede und Arbeiterbewegung**  
Vortrag von EDO FIMMEN,  
Amsterdam / 20 Seiten / 10 Pf.  
Verlag „Das Andere Deutschland“,  
Berlin W, Bülowstr. 105.

### Neuerscheinung:

**LEO TROTZKI Über Lenin**

Material für einen Biographen.

Mit 3 Bildern. 172 Seiten.

Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,— Mark.

Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich. Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.

**Inhalts-Verzeichnis:**  
Vorbemerkung — Vorwort.  
LENIN und die alte „Iakra“:  
Rund um den Oktober. — Der Umsturz. — Prest-Litwak. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionäre. — LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.  
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber den Kranken. — Der Tote.

Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.  
Postcheckkonto: Berlin 818 42

**Sprechapparate**  
Koffer • Schatullen • Schränke  
**Schallplatten**  
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen  
Verlangen Sie Angebot!  
**OTTO PFOTENHAUER**  
Wolmar, Röhrstraße 40

**ISK**  
HANS LEHNERT:  
Der Umbau des deutschen Reiches.  
HELLMUT RAUSCHENPLAT:  
Die ökonomischen Forderungen des ISK.  
Deng Yen-Da.  
(Dem Andenken eines chinesischen Revolutionsführers!)  
Zum Nachdenken: Die Schwarze Internationale.

# Durcheinander im Lager der Reaktion.

## Reichslandbund gegen Regierung.

Gleich nach Bekanntwerden der Erklärung der deutschen Reichsregierung zum Konflikt mit dem Reichslandbund, gab dieser am Donnerstag noch folgende

### Gegenerklärung

heraus:

„Die Reichsregierung kündigt in ihrer amtlichen Mitteilung lediglich an, daß „alles sachlich mögliche“ für die Landwirtschaft geschehen werde. Es ist nicht die erste Zusicherung dieser Art. Die Stellung des Reichs-Landbundes zu der Reichsregierung wird nach wie vor nicht von den Versprechungen der Reichsregierung, sondern von ihren Taten bestimmt werden.

Wenn jetzt die Reichsregierung die Tatsache der Veröffentlichung der Entschließung des Bundesvorstandes glaubt dazu benutzen zu sollen, die Beziehungen zum Reichs-Landbund abzubauen, so erscheint das lediglich als ein Versuch, sich der Verantwortung, den die Reichsregierung gegenüber dem landwirtschaftlichen Berufsstande (hies: Großgrundbesitz. Die Redaktion.) hat, zu entziehen, um im Dunkeln der Regierungskonkluven ihren bisherigen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Weg fortzusetzen.

Ihr Anspruch auf Vertrauen zu dieser Politik hinter verschlossenen Türen aber ließe sich nur rechtfertigen, wenn sie Taten aufweisen könnte, die eine erfolgreiche Abkehr von der bisherigen verhängnisvollen Wirtschaftspolitik bringen.

Daß diese bisher völlig fehlen, ist der Grund der Verzweiflungssituation im Lande. Der Abbruch der Beziehungen zum Reichs-Landbund ist ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung den Notruf des Landvolkes nicht hören will oder völlig die wahre Sachlage verkennt. Der Reichs-Landbund wird sich dadurch nicht beirren lassen, seinen Kampf für die Gesundung der Landwirtschaft mit allen gebotenen Mitteln fortzusetzen.“

Reichskanzler von Schleicher und Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun halten nach wie vor an ihrer Darstellung fest, daß sie die Entschließung des Reichslandbundes weder vor dem Empfang am Mittwoch noch während desselben mitgeteilt bekommen hätten. Auch der Reichspräsident wurde von der Entschließung „peinlich überrascht“.

Von Regierungsseite wird dazu noch folgendes mitgeteilt: „... Der Vorstand des Landbundes geht bei seiner Erklärung von der völlig unzutreffenden Behauptung aus, daß er mit der deutschen Landwirtschaft identisch sei. Die Reichsregierung wird ihre Arbeit für die deutsche Landwirtschaft, unbeeinträchtigt durch die Anwürfe des Reichslandbundes, im Zusammenwirken in erster Linie mit der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft fortsetzen.“

## Großindustrielle gegen Großagrarien.

Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie übergab der Öffentlichkeit eine scharfe Erklärung gegen die ausfällige Entschließung des Reichslandbundes:

„Der Reichsverband der Deutschen Industrie nimmt mit größter Empörung von den unerhörten, auch die Ehre des seiner Verantwortung vollbewußten deutschen Unternehmertums schwer verletzenden Angriffen in der geistigen Entschließung des Vorstandes des Reichs-Landbundes Kenntnis, in der von der

„Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen, Goldbeuteltinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“

gesprochen wird. Der Reichsverband lehnte es ab, mit den für diese Erklärung verantwortlichen Personen in eine sachliche Diskussion einzutreten. Er weist derartige, wider besseres Wissen erhobene, vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschimpfungen eines unentbehrlichen Teils der deutschen Wirtschaft auf das Schärfste zurück. Zu den in dieser empörenden Weise angegriffenen Industriezweigen gehören gerade diejenigen Industrien — namentlich auch in den Notstandsgebieten Sachsens, Thüringens, des bergischen Landes und der Grenzgebiete —, deren materielle und seelische Not mindestens so groß ist wie in Teilen der Landwirtschaft.

Der Leitung des Reichs-Landbundes sei gesagt, daß sie auf Granit beißt, wenn sie glaubt, die Einheitsfront der deutschen Industrie durch eine derartige Verhetzung auch nur lockern zu können.

Das Vorgehen des Vorstandes des Reichs-Landbundes ist um so unverständlicher, als ihm bekannt ist, daß sich die Industrie in den letzten Monaten in Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinschaftlicher, persönlicher Fühlungnahme um praktische, auf das Gemeinwohl abgestellte Lösungen bemüht hat. — Tatsachen, die mit der Reichsregierung verantwortungsbewußte Führer der Landwirtschaft begrüßt haben.

Im Interesse des Volksganzen ist es nicht erträglich, daß die sachliche Arbeit verantwortlicher Männer durch eine tiefbedauerliche Verhetzung zur Unfruchtbarkeit verdammt wird.“

Eine solche Sprache, wie der Reichslandbund, führen nur Leute, die völlig vor dem Ruin und vor der Verzweiflung stehen. Die Großagrarien sind tatsächlich absolut bankrott und keine Osthilfe, keine Kontingentierung oder Zollmaßnahme, keine Vollzugsperre für Versteigerungen u. s. w. kann sie „sanieren“. Jetzt gälte es nachzusteuern und mit einer vernünftigen Siedlungspolitik die Wirtschaftskrise anzugreifen, die Wirtschaft zu beleben. Diese Aufgabe wird aber die bestehende Klassenregierung nicht in Angriff nehmen und eine zielklare und starke Arbeiterbewegung steht im Augenblick auch nicht bereit, um die Macht zu übernehmen und dann die nötigen Maßnahmen zu treffen. Darum dürfen wir nicht ruhen, die Voraussetzungen für diese Machtübernahme zu schaffen: Schaffung einer ehrlichen Einheitsfront.

## „Trabanten der Internationalen Export-Industrie“ melden sich zum Wort.

Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels antwortet prompt auf die Anpöbelung durch den Reichslandbund, der sich über „die Ausplünderung der Landwirtschaft zu Gunsten der allmächtigen Goldbeuteltinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ beschwerte. Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels hat bei der Reichsregierung Einspruch erhoben gegen die in Aussicht genommenen Sofortmaßnahmen auf die Gebiete des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft. Der Verband weist darauf hin, daß der Not der Landwirtschaft nicht durch Vollstreckungsschutz geholfen

werden kann, wie die Erfahrungen in den Osthilfegebieten zeigen. Lahmlegung jeder Initiative, schwere Schädigung der noch gesunden Träger der Landwirtschaft seien mit Sicherheit zu erwarten.

## Hansestädte gegen Butterbeimischungszwang.

Der Hamburger Senat hat unter Betonung seiner grundsätzlichen Bedenken im Einvernehmen mit den Senaten von Bremen und Lübeck beantragt, gemäß Artikel 87 Satz 2 der Reichsverfassung die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats zu der Beratung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Butterbeimischungszwang hinzuzuziehen.

## Absage an Papen.

Der katholische „Bayerische Kurier“ erklärt zu der Unterredung des Herrn von Papen in Düsseldorf mit dem Vorsitzenden der Westdeutschen Landeskatholikenausschüsse der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Glasebeck (Krefeld), über die „Eingliederung des konservativen katholischen Volksteils in die zu bildende große nationale Einheitsfront“, Herr von Papen werde auf Granit beißen. Der Versuch, die deutschen Katholiken zu spalten, sei schon oft genug gemacht worden seit Bismarcks Zeiten. Er sei aber stets mißlungen. Auch der Katholik von Papen werde es nicht fertigbringen. Die deutschen Katholiken begäben sich nicht in die Gefolgschaft der Herren Hugenberg-Papen. Wenn etwa bestimmte (schwerindustrielle und großagrarische) Kreise aus engstirnigen wirtschaftlichen Erwägungen dem Papenschen Lockruf folgen sollten, würden sie sich bald vereinsamt sehen. Das klare, wenn auch nicht immer eindeutig ausgesprochene Ziel bestimmter Kreise sei die „Ausschaltung des politisch organisierten katholischen Volksteiles von der Entscheidung über das politische Geschehen in Deutschland“.

## Ein Mann, ein Wort?

### Dementi eines Dementis.

Bis vor kurzem bestritten die „zuständigen Stellen“, daß Gregor Straßer bei Hindenburg oder Schleicher gewesen sei. Jetzt wird amtlich folgendes mitgeteilt und damit das erste Dementi „aufgehoben“.

„Der Herr Reichspräsident hatte den Wunsch, die vielgenannte Persönlichkeit des Herrn Gregor Straßer kennenzulernen und hat ihn zu diesem Zweck vor einigen Tagen empfangen. Der Herr Reichspräsident hat es jedoch abgelehnt, zu dem, was ihm Herr Straßer vortrug, Stellung zu nehmen und hat auch keinen Wert darauf gelegt, diesen Empfang bekannt werden zu lassen, damit nicht politische Konsequenzen daraus gezogen werden.“

## Vorstoß der Reaktion in der Preußenpolizei.

Die kommissarische Preußenregierung versetzte den bisherigen Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium Klausener ins — Reichswehrministerium. Es ist angeblich geplant, an die Stelle Klauseners einen Deutschnationalen oder einen aktiven Offizier zu setzen.

### Tagung

## des Verbandes der preußischen Polizeibeamten.

Vom 23. bis 25. Januar findet in Berlin eine Tagung der preußischen Polizeibeamten statt, die sich mit wichtigen Fragen des Beamtenrechts, der Organisation, der Besoldung, und mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten beschäftigen wird. Auch der Verbandsvorsitzende muß neu gewählt werden. Von besonderer Bedeutung sind zwei Anträge des Gaues Groß-Berlin über das Koalitionsrecht der Polizeibeamten und das Verhältnis zwischen Polizeioffizieren und Polizeiwachmeistern.

# Willkürakt gegen „Reichsbanner“ aufgehoben.

## Eine Blamage Brachts.

Im Sommer 1932 hatte Bracht die Auflösung der „Reichsbanner“-Ortsgruppe Richtenberg (Pommern) befohlen, und der Bürgermeister von Richtenberg hatte daraufhin am 13. September die Ortsgruppe aufgelöst mit der merkwürdigen Begründung, daß der Zweck des Vereins den Straßengesetzen zuwiderlaufe. Der Zweck des Vereins ist aber beim „Reichsbanner“ nicht örtlich verchieden festgelegt. Bracht zog also zur Begründung seiner Willkürmaßnahme die Tatsache heran, daß Mitglieder jener Ortsgruppe im Februar 1931 (!) einmal Nazis verprügelt hätten.

Gegen die Auflösung der Ortsgruppe ging das „Reichsbanner“ im Verwaltungsstreitverfahren vor. Die erste Beschwerdeinstanz, der neue Bracht-Landrat in Barth, wies die Beschwerde zurück. Aus seiner Begründung: „Der Hinweis auf angeblich unterschiedliche Behandlung ... nationalsozialistischer Vereine geht schon deshalb fehl, weil bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Verein aufgelöst werden kann, aber nicht aufgelöst werden muß.“

Dieser Satz, der — wie sich in der Verhandlung vor der zweiten Beschwerdeinstanz herausstellte — auf persönliche Anweisung Brachts in die Begründung hineingeschrieben worden war, enthält das Eingeständnis, daß eine unterschiedliche Behandlung des „Reichsbanners“ gegenüber den Nazis nicht nur „angeblich“, sondern wirklich vorliegt — wie dies im übrigen mit erdrückendem Material über nationalsozialistische Morde, denen keine Auflösungen von Ortsgruppen gefolgt sind, nachgewiesen werden kann.

Die zweite Beschwerdeinstanz, der Bezirksausschuß in Stettin, hat am Donnerstag die von Bracht erzwungene Willkürmaßnahme auf Kosten der Staatskasse aufgehoben.

## Der Pfau vom „Braunen Haus“.

Wilhelm III., Adolf Hitler der Große, hat an den seines „Amtes“ enthobenen fränkischen SA-Führer Stegmann folgendes, den ganzen Hitler kennzeichnendes Telegramm geschickt:

„Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen vergangen haben, bestätige ich nicht nur die vom Stabschef Röhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer

## Schleicher treibt zur Eile.

### Die Regierung will Erfolge aufweisen können.

Unter Leitung des Reichskommissars für das preußische Innenministerium Bracht, fand am Donnerstag eine Besprechung der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten über Fragen der Arbeitsbeschaffung und Siedlung statt.

Reichskanzler von Schleicher wies nach kurzen Ausführungen über die politische Lage auf die Aufgaben hin, die sich für die allgemeine Landesverwaltung bei der Durchführung der von der Reichsregierung in Angriff genommenen Aufgaben ergeben.

Reichskommissar Gereke unterrichtete die Ober- und Regierungspräsidenten über die sich aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ergebenden Fragen.

## Eine vernünftige Stimme zur Arbeitsbeschaffung.

Im Währungsinstitut der Berliner Handelshochschule sprach der Direktor der Reichskreditgesellschaft Dr. Fischer über das Thema „Arbeitsbeschaffung“. Er führte unter anderem aus:

Grundsätzlich dürften nur diejenigen Arbeiten durchgeführt werden, die eine Abnahme der Ertragsfähigkeit des Volksvermögens verhindern oder die ertragsfähigsten Anlagen am schnellsten und stärksten vergrößern. Ausschlaggebend sei also die Rentabilität im volkswirtschaftlichen Sinne. Bei ihr müsse man mit normalen Zinsen rechnen, da man sonst einen der wichtigsten Regulatoren der Wirtschaft ausschalten würde.

Das Zinsproblem werde nicht dadurch gelöst, daß man die Zinssätze ganz nach Belieben auf 6 Prozent oder 1 Prozent festsetze.

Man dürfe nie vergessen, daß durch die Zinshöhe die Fluktuationen im Wirtschaftsleben am raschesten und eindringlichsten angezeigt werden. Ein Ansteigen des Zinses sei ein Warnungssignal dafür, daß die der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kraftreserven im Abnehmen befindlich seien. Der Zinssatz müsse auch eine automatische Bremsfunktion gegenüber einer Ueberbeanspruchung des Kapitalmarktes erfüllen.

Wenn eine Investition einen bestimmten Zinssatz nicht verträge, so müsse man sie eben unterlassen

und so lange mit ihr warten, bis die durch den Zinsfuß angezeigte Linderung der Gesamtlage ihre Durchführung gestatte.

Ziel der Arbeitsbeschaffung müsse sein, die gesamte Wirtschaft zu beleben, es komme also nicht allein auf die Zahl der unmittelbar im Baugewerbe Beschäftigten an, sondern auch auf die Rückwirkungen auf die übrige Wirtschaft.

Es dürfe daher auch nicht die gesamte verfügbare Kapitalbildung allein durch die öffentliche Hand absorbiert werden.

## Die Not der Gemeinden.

Die Gemeinde Brieskow-Finkenheerd bei Frankfurt an der Oder ist nicht mehr in der Lage, zwei Waggons Koks, die sie zur Heizung der Schule gekauft hat, zu bezahlen.

Die Wohlfahrtslasten der Stadt Landsberg an der Warthe (rund 48 000 Einwohner) werden für das Haushaltsjahr 1933 mit 2 182 000 Mark veranschlagt. Der Fehlbetrag im Stadthaushalt beträgt 785 000 Mark; dazu wird noch der Fehlbetrag aus dem laufenden Haushaltsjahr 1932 kommen.

Der Magistrat der Stadt Bernau bei Berlin will das Sägewerk der Stadt verkaufen, das schon seit einiger Zeit still liegt; er will auf diese Weise die großen Ausgaben für die Instandhaltung des Sägewerkes sparen. Die Anschaffungskosten dieses Werkes betragen 120 000 Mark; heute werden dem Magistrat 45 000 Mark geboten.

Dienststellung, sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienstrang ab.

Der ärmste Stegmann, da werden ihm nun sicher auf dem Hof des „Braunes Hauses“ in München vor versammeltem SA die Sternchen vom Kragen abgerissen mit dem Ruf: „Pg, wir degradieren Sie im Namen unseres großen Führers und Oafs Hitler.“ Das hat er nun von seiner Rebellion.

## Verpändung der „Braunen Häuser“ an schwedische Kapitalisten?

Die „Kreuzzeitung“ behauptet, Hitler habe unter Vermittlung Görings, der gute Beziehungen zu schwedischen Kapitalisten hat, über eine Anleihe verhandelt. Als Sicherheit für dieses Geld wollten die Nationalsozialisten angeblich ihre „Braunen Häuser“ verpfänden, doch bekamen sie das Geld anscheinend trotzdem nicht. Auch durch diese Versuche, Geld für den teuren Parteiapparat hereinzubekommen, wird die Millionen-Pflicht der Nazis kaum mehr aufzuhalten sein.

Auch der Sächsische Landtag genehmigte am Donnerstag die Strafverfolgung des Nazi-Abgeordneten Bennecke, nachdem der Rechtsausschuß den Antrag des Generalstaatsanwalts auf Aufhebung der Immunität Benneckes unterstützt hatte. In der Aussprache kam es zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD.

Sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Verfolgung der beteiligten Beamten, z. B. des Kriminalrats Vogel, wegen Begünstigung der Mörder, wurden abgelehnt.

Wieder Sozialdemokrat Vorsteher im Berliner Stadtparlament. Am Donnerstag wurde der Sozialdemokrat Johannes Hass wieder zum Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

## Attentat auf einen bulgarischen Kommunisten.

Der Abgeordnete der bulgarischen Arbeiterpartei, Markudoff, wurde am Donnerstag nachmittag auf offener Straße in einem der Außenbezirke von Sofia überfallen und durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Die Täter sind unbekannt.

# Kapitalistisches Rezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, öffentlich bekanntgegeben von einem amerikanischen Oberstleutnant.

Durch einen Teil der deutschen Provinz-Pressen geht der nachstehende Auszug aus einem Aufsatz von Oberstleutnant Kinzio Edmunds, der in Nr. 169 der amerikanischen Zeitschrift „The Cavalry Journal“ (Kavallerie-Zeitschrift) erschienen ist. Der Aufsatz ist bemerkenswert wegen seiner Offenheit. Wir drucken ihn als Musterbeispiel für Kriegspropaganda hier in der Fassung ab, in der er in der „Münsterschen Zeitung“ vom 30. Dezember 1932 steht, die uns ein Leser eingesandt hat. Wir bitten unsere Leser, bei der Lektüre zu überlegen, warum so ein Aufsatz in Deutschland veröffentlicht wird, und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

„Viele Milliarden Steuergelder werden in der ganzen Welt für Heere und Flotten verwendet. Man kommt naturgemäß zu dem Schluß, daß diese Ausgaben eine erdrückende Bürde für die betreffenden Völker

bedeuten. Man glaubt, ihre Abschaffung wäre ein Segen für jedermann und ihre Verteilung auf andere Kanäle würde die Lebenshaltung verbessern.

Die Zahlen, die man dabei angibt, sind wahrscheinlich richtig. Der Schluß, daß diese Ausgaben eine Bürde, die man wegnemen könnte, bedeuten, ist aber falsch. Der

Schluß wäre zutreffend, wenn die Militärpersonen der produktiven Arbeit entzogen würden. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Sie werden nur vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Der Schluß wäre auch noch richtig, wenn man die Arbeitslosen verhungern ließe. Dies ist aber auch nicht der Fall. Die Leute werden so oder so aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Selbst wenn man nicht Fachmann ist, führt ein wenig Nachdenken zu der überraschenden Schlußfolgerung, daß es für ein Industrieland wenig mehr oder sogar vielleicht weniger kostet, eine starke Wehrmacht zu unterhalten, als es nicht zu tun.

Das beste Beispiel dafür ist England. Dieses Land erhält seine Millionen Arbeitslosen nicht durch Mildtätigkeit, sondern durch Steuern. Würde es England mehr kosten, seine Arbeitslosen in einer großen Armee zu unterhalten? Ich glaube nicht. Es würde in einer Beziehung weniger kosten. Für die Armee nimmt man in der Regel Unverheiratete. Dagegen erhalten Arbeitslose und ihre Familien Unterstützung. Die Armee würde nur dann mehr kosten, wenn der Unterhalt eines Soldaten den Betrag der Arbeitslosenunterstützung überträte; ferner müssen neben der Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung auch noch Waffen beschafft werden. Diese Bewaffnung erfordert aber wiederum Produktion und schafft damit Arbeit.

Ist es ein Zufall, daß die beiden Länder, die die größten stehenden Heere unterhalten — Frankreich und Rußland — auch die wenigsten Arbeitslosen haben?

In den Vereinigten Staaten erscheinen die Ausgaben für die Armee zahlenmäßig, die Kosten der Arbeitslosigkeit aber nicht. Mildtätigkeit, Ausfall an Mieten oder Nichtbezahlen von Schulden müssen vom Publikum genau so getragen werden, als wenn der Staat die Arbeitslosen aus Steuergeldern unterhalten würde. Wollten wir 200 000 Mann von der Armee und Marine entlassen, dann würde ganz einfach die Zahl der Arbeitslosen um mindestens dieselbe Zahl vermehrt. Die Kosten würden nur von einer Tasche auf die andere übertragen.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten könnte tatsächlich ohne Mehrkosten für das Land beseitigt werden. Man müßte nur eine Armee von genügender Größe, um den Ueberschuß an Arbeitern zu übernehmen, aufstellen.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt vielleicht 6 Millionen. Es ist aber nicht einmal nötig, volle 6 Millionen ins Heer einzustellen; denn die Armee ist ein Verbraucher. Sie zwingt zu größerer Produktion und schafft dadurch Arbeit. Natürlich

wäre es vergeblich, ein solches Verfahren für unser Land vorzuschlagen. Wir sind nicht im Gedanken an die allgemeine Wehrpflicht im Frieden aufgewachsen.

Auch vom militärischen Standpunkt aus ist das System nicht erwünscht. Die vaterländische Pflicht würde durch den Gesichtspunkt des reinen Broterwerbs ersetzt. In Frankreich dient die Armee zweifellos — wenn auch unbeabsichtigt — bis zu einem gewissen Grade der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ebenso wie es die deutsche Armee vor dem Weltkriege tat. Die Kosten für die Armee setzen sich zum größten Teil aus den Ausgaben für Löhnung, Verpflegung, Unterbringung und Bekleidung zusammen. Die Ausgaben für das Material stecken größtenteils in den Löhnen für Arbeiter, die es herstellen, und die andernfalls erwerbslos wären.

Es ist daher falsch, die Armee als eine wirtschaftliche Last für das Land anzusehen. Eine Last besteht zwar, aber sie kann nicht weggenommen werden, solange es Arbeitslose gibt. Diese Last kann vielleicht durch sparsame Wirtschaftsweise und Einschränkung der Materialkosten verringert werden. Sie kann aber nicht durch Personalabbau beseitigt werden, solange ein Ueberangebot an Arbeitskräften besteht.“

Es ist natürlich völlig falsch, die Armee nicht „als eine wirtschaftliche Last für das Land anzusehen“! Gewiß, sie ist für gewisse Industrien ein willkommenes und gut zahlendes Abnehmer. Die Bezahlung an diese Industrien kann aber selbstverständlich nur erfolgen bei entsprechender Belastung der Steuerzahler. Daß diese Belastung überdies bei der Unterhaltung von Soldaten höher ist als bei der Unterhaltung von Arbeitslosen ist klar. Die deutsche Reichswehr kostet pro Mann 5625 Mark jährlich; daß ein Erwerbsloser weniger bekommt, ist bekannt.

Die Aufbringung der Mittel zur Unterhaltung des Heeres erfolgt wie die Aufbringung der übrigen Finanzmittel in der Hauptsache durch Belastung der Massen. Wenn diese wenigen Steuern zu bezahlen hätten, so hätten sie mehr Geld frei zum Wareneinkauf; sie würden sich dann allerdings ganz andere Dinge kaufen als Maschinengewehre und Kanonen, Handgranaten und Gasschutzmasken. Arbeitslose beschäftigten könnten sie mit Hilfe ihrer Kaufkraft aber mindestens ebenso gut wie die Heeresverwaltung! Wer nicht ihnen, sondern den Generälen die Möglichkeit dazu geben will, muß also besondere Gründe haben. Wir kennen sie. —

## DEUTSCHLAND

Die Vereinigten Stahlwerke legen ihren Vierteljahresbericht für Oktober bis Dezember 1932 vor. Der Geschäftsgang war in diesem Vierteljahr nicht ganz so tröstlich wie im vorhergehenden, für das die Vereinigten Stahlwerke ihren bisher ungünstigsten Vierteljahresbericht veröffentlichten.

	Juli/Sept. 1932	Oktober/Dez. 1932
Kohle	3 380 000 Tonnen	4 077 000 Tonnen
Koks	897 000	1 078 000
Rohcisen	453 000	595 000
Rohstahl	443 000	667 000

Die Produktionssteigerung hat ihren Grund vor allem in einer besseren Beschäftigung für das Ausland.

Beschäftigtenzahl bei den Vereinigten Stahlwerken: Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich seit Dezember 1931 folgendermaßen entwickelt:

	Arbeiter	Angestellte
Ende Dezember 1931	84 500	12 700
Ende März 1932	82 500	12 100
Ende Juni 1932	83 300	11 600
Ende September 1932	81 800	11 300
Ende Dezember 1932	88 900	11 100

Einheitspreisgeschäft — kein Einheitspreisgeschäft: Die Firma Woolworth & Co. betreibt in vielen Städten Einheitspreisgeschäfte. Sie beabsichtigte seit längerem, im Jahre 1933 in Berlin zwei weitere Geschäfte und in Hamburg ein weiteres Geschäft zu eröffnen. Durch Notverordnung ist kurz vor Jahreschluß die Errichtung neuer Einheitspreisgeschäfte auch in Städten über 100 000 Einwohnern verboten worden: Das schien einen Strich durch alle Pläne, Mietverträge, Umbauverträge u. s. w. zu machen. Die Firma Woolworth vertritt nun aber den Standpunkt, sie sei kein Einheitspreis-Unternehmen im Sinne der beiden Einheitspreis-Notverordnungen. — Nun bekommen wenigstens die Juristen Arbeit! — Der Hamburger Senat hat übrigens auf Antrag ausdrücklich die Genehmigung zur Errichtung erteilt; man steckt dort noch mehr in liberalen Traditionen.

Kosten „künstlerischer Geschmacksbildung. Die staatliche Porzellan-Manufaktur weist für das Geschäftsjahr 1930/31 einen Verlust von rund 167 000 Mark aus. In dem Geschäftsbericht wird die Frage aufgeworfen, ob die Manufaktur trotz ihrer Aufgabe, „auf die künstlerische Geschmacksbildung einzuwirken“, die Herstellung künstlerisch hochwertiger, aber schwer verkäuflicher Produkte für die nächste Zukunft nicht einschränken müsse. Die Manufaktur rechnet für die nächste Zeit weiter mit einem staatlichen Zuschuß; im Bericht heißt es: Sie „müsse“ damit rechnen. — Sehr einfach!

## UNGARN

Arbeitslosigkeit: Nach Angaben des Ungarischen Gewerkschaftsbundes sind rund 30 000 seiner Mitglieder arbeitslos. Die Gesamtzahl der ungarischen Erwerbslosen wird auf 300 000 geschätzt. In Ungarn sind also rund 3,7 Prozent der Bevölkerung erwerbslos; in Deutschland hingegen lautete die entsprechende Ziffer für Dezember: 8,6 Prozent.

## SOWJET-UNION

Außenhandel 1932: Während der ersten 11 Monate wurden nach der Sowjet-Union Waren für 648 Millionen Rubel eingeführt; dem steht eine Ausfuhr im Werte von nur 511 Millionen Rubel gegenüber. — Auf die Dauer wird es schwierig sein, die russischen Einfuhrüberschüsse zu decken, wenn nicht die Aufnahme langfristiger Kredite gelingt.

Erdölgewinnung: 1932 wurden 21 397 000 Tonnen Erdöl gewonnen gegenüber 13 433 000 Tonnen im Jahre 1928. 1932 wurden 20 Millionen Tonnen des Rohöls verarbeitet, während es 1928 nur 65 Prozent waren.

## JAPAN

Vordringen auf den Weltmärkten. Aus dem Jahresbericht 1932 der Handelskammer Hamburg: „Infolge der Entwertung der japanischen Währung und der geringen Produktionskosten, verbunden mit einer bewundernswerten Anpassung an die Geschmacksrichtung der Kundschaft, hat Japan in den genannten Gebieten (Südamerika, Afrika, Indien) einen nicht zu unterschätzenden Einfluß gewonnen.“ Ebenso macht sich im Frachtgeschäft nach Niederländisch-Indien, Ostasien, Afrika, Süd- und Nordamerika „zum Nachteil des europäischen Exports . . . in wachsendem Umfange die japanische Konkurrenz bemerkbar“.

## HOLLAND

Einfuhrüberschuß 1932 um rund 20 Prozent niedriger als im Vorjahr:

	1931	1932
	(Millionen Gulden)	
Wareneinfuhr . . . . .	1 893	1 300
Warenausfuhr . . . . .	1 312	844
Einfuhrüberschuß	581	456

## Von läppischen Manieren des Staates.

Dr. Fr. A. Pinkerneil: „Verstaatlichung des Bergbaus.“ Verlag Wilhelm Greve A.-G., Berlin. 46 Seiten.

Pinkerneil beschäftigt sich in dieser Schrift mit dem Reichstagsantrag der SPD vom August 1932 über Verstaatlichung der Schlüsselindustrie. Pinkerneils Ziel läßt sich, wenn er das auch ausdrücklich abstreitet, am besten durch die von ihm zitierten Sätze Fritz Reuters kennzeichnen: „1. Es bleibt alles beim alten. 2. Was einer hat, das hat er.“ Bei seiner Auseinandersetzung mit der SPD fällt für den Leser allerhand Interessantes ab:

### 1. Ein Sozialdemokrat 1919 gegen Staatsbetriebe.

„Der Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft; er soll und kann die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachwalter der Gesamtheit sein, Interessengegensätze mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Aber er soll mit seinen starren Formen, mit seinen ehrlichen aber oft auch läppischen Manieren nicht in das feine System von Adern und Aederchen eingreifen, das dem Volkskörper die nahrunggebenden Säfte zuführt. Das geschäftliche Handeln soll er im Rahmen der im Interesse des Volksganzen gebotenen Notwendigkeiten denen überlassen, die vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für die Bedürfnisse desselben besitzen, und bei denen auch das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen dieses Wirtschaftslebens durch die Verbindung mit den eigenen Interessen geschärft ist.“

(Wissell im März 1919 in der Nationalversammlung.)

### 2. Ein Beamter über den Staatsbergbau.

„Wir können gar nicht mit der Geschwindigkeit vorgehen wie die Privatindustrie, und vor allem können wir auch nicht dieses Risiko übernehmen, wie das die Privatindustrie tun kann. Die Privatindustrie riskiert unter Umständen einmal solche Sache. Gerät sie gut, dann wird viel dabei verdient, gerät sie schlecht, dann schreibt sie es ab. Gerät uns die Sache schlecht,

dann werden wir bei den Ohren gekriegt, gerät sie uns gut, dann hat man auch nichts davon. Das ist gar nicht in Abrede zu stellen, das liegt auch nicht an den Leuten, das liegt am System. Das ist das Eigentümliche, daß, wenn Sie dieselben Leute sehen, die im Staatsbergbau gewesen sind und dann nachher zur Privatindustrie kommen, diese Leute es sofort können. Innerhalb dieser Grenzen kann ich eine gewisse Rückständigkeit des Staatsbergbaus nicht in Abrede stellen, und das wird nie anders werden und kann nie anders werden, weil der Privatmann für seine eigene Kasse direkt arbeitet.“

(Von Velsen, preußischer Oberberghauptmann, am 23. Januar 1919 in der Sozialisierungskommission.)

### 3. Friedrich der Große über Staatsbetriebe.

„Daß Eisen und Stahl im Lande gemacht wird, ist eine sehr gute Sache; aber ein Monopolium wollte ich nicht gerne haben; denn das hat immer einen üblen Erfolg. Der Monopolist wendet keinen rechten Fleiß und Betriebsamkeit auf die Sache, weil er Niemanden neben sich hat, der ihm naheheifer; daraus kommt denn, daß er seine Arbeit negligiert und schlechte Ware macht.“

### 4. Was Dr. Pinkerneil selber verrät.

„. . . da sehr viele Unternehmungen — es sei an den Eisen- und Metallbergbau erinnert — Steuerrückstände zu verzeichnen und Subventionen erhalten haben . . .“ (Seite 38—39.)

„Die Entwicklung zu den Mammutbetrieben ist keine günstige gewesen.“

„Die Montanwirtschaft verlangt den Großbetrieb. Aber es ist zu prüfen, ob aus wirtschaftspolitischen — und kulturellen Gründen, ob aus nationalen Notwendigkeiten in Einzelfällen nicht eine Teilung von Großunternehmungen geboten erscheint.“ (Seite 44.)

### 5. Dr. Pinkerneil — festgenagelt.

Dr. Pinkerneil schließt seine Schrift, in der viele Unternehmer-Argumente gegen die Verstaatlichung des Bergbaus zusammengetragen sind, mit einem Bekenntnis zur Wahrheit der Worte des katholischen Paters Muckermann: „Nicht so bunden genug kann die Wirtschaft sein durch die

Grundsätze der Moral, des Rechts und des Gewissens, nicht frei genug von Bindungen, die ihr wesensfremd und die daher unwirtschaftlich sind.“

Wir warten auf die Stunde, in der wir Dr. Pinkerneil und seinesgleichen auf diese Worte festnageln können!  
Hellmut Rauschenplat.

## Ein guter Fund.

Zufälle in der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte.

In England wurden während des Weltkrieges österreichische Kriegsgelangene unter Aufsicht von Boy Scouts (englischen „Pfadfindern“) mit Aufräumungs- und Abtragungsarbeiten beschäftigt. Unter anderem wurden sie dazu verwendet, veraltete Fabrikgebäude niederzureißen, die seit vielen Jahren nicht mehr in Benutzung waren. Dabei fanden sie in einem versteckten Winkel auf dem Dachboden einer dieser Fabriken eine große Zahl von verstaubten und vergilbten Papieren, die offenbar die Betriebsführung dieser Fabrik betrafen. Niemand war sich über die Bedeutung dieses Fundes klar, und die Boy Scouts gaben einige dieser Papiere zum Scherz an Vorübergehende. Unter diesen Vorübergehenden befand sich auch ein Dozent für Wirtschaftsgeschichte an der Universität in Manchester; der erkannte sofort, daß es sich um Papiere handelte, die außerordentlich aufschlußreich waren für die Anfänge der modernen Industrie in England. Er ließ die gesamten Papiere untersuchen und erforschen und fand, daß man aus ihnen sehr viel lernen konnte über die Arbeitskräfte, die in den ersten Baumwollspinnereien und Webereien um und vor 1800 verwendet wurden: über ihre Herkunft, ihre Arbeitszeit, ihre Löhne.

Auf diese Weise sind durch einen bloßen Zufall sehr wichtige Dokumente vor dem Untergang bewahrt geblieben. Wer weiß, an wie vielen anderen Stellen noch interessante und aufschlußreiche Dokumente verborgen liegen, die leider auch nur ein Zufall zu Tage fördern wird. Wären wir nicht nur auf solche Zufälle angewiesen, so würden wir im Stande sein, manche der heute strittigen Fragen der Wirtschaftslehre mit weit größerer Aussicht auf Erfolg in Angriff zu nehmen.  
G. K.